



**16. Oktober 2010**

Positionspapier der *FDP.Die Liberalen*

# Die Schweiz in einer globalisierten Welt Selbstbewusste Aussenpolitik, Freihandel und aktive Vermittlung zwischen Konfliktparteien

---

## 1. Aussenpolitik: Interessenpolitik durch Zusammenarbeit und Solidarität

Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Das gilt heute mehr denn je: Das Ende des Kalten Krieges und der Aufbruch der bipolaren in eine multipolare Weltordnung haben die Anforderungen an die Schweizer Aussenpolitik verändert. Innenpolitik ist wegen der zunehmend engeren wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen immer mehr von der Aussenpolitik geprägt. Gleichzeitig fordern neue Herausforderungen wie Rohstoff- und Energieversorgung, Terrorismus, Migration, Epidemien oder Klimawandel eine verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Interessenpolitik bedeutet Zusammenarbeit. Gerade für einen Kleinstaat ist eine aktive Aussenpolitik mit einem weiten Vertrags- und Beziehungsnetz der beste Garant, dass in Krisen nicht das Recht des Stärkeren, sondern Vertragsrecht gilt. Abschottung schadet unserem Wohlstand und untergräbt damit unsere Unabhängigkeit. Isolationismus führt in die Sackgasse. Vielmehr verlangt die global vernetzte Welt, dass wir auf allen Ebenen unsere Interessen mit einer aktiven internationalen Zusammenarbeit sichern. Dies ist angesichts zukünftiger wirtschaftlicher und politischer Turbulenzen zwingend.

Interessenpolitik umfasst Solidarität. Mit ihrer humanitären Tradition, ihrem solidarischen Engagement, ihrer Neutralität und einer aktiven Vermittlertätigkeit in Konflikten dient die Schweiz der Staatengemeinschaft. Die Schweiz kann sich von globalen Problemen nicht abschotten. Eine Mitarbeit an deren Lösung ist somit auch in unserem Interesse. Die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Schaffung von Wohlstand, der Schutz von Menschenrechten, die Pflege von Demokratie und Rechtsstaat und der Schutz der Umwelt sind die Leitplanken unserer Aussenpolitik. Dafür ist unser Einfluss in internationalen Gremien zu vergrössern.

Aussenpolitik erfordert den Blick in die Ferne. Aufstrebende Schwellenländer aus Asien und Lateinamerika entwickeln sich rasant. Hier entsteht die „Neue Welt“ des 21. Jahrhunderts. Dank neuen Kommunikationsmitteln und einer immer besseren verkehrstechnischen Erschliessung eröffnet diese dynamische Welt unserem Land unzählige Chancen – und einige Herausforderungen. Dank kritischem Hinterfragen alter Strukturen und Denkschemen, Mut und Flexibilität bleibt die Schweiz auch in der sich verändernden Weltordnung wettbewerbsfähig. Nur so können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand und Arbeitsplätze sichern.

Aussenpolitik bleibt auch Europapolitik. Trotz globaler Ausrichtung: Die Schweiz liegt im Herzen Europas. Mit dem benachbarten Europa sind wir politisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial eng verbunden. Ein gutes Verhältnis mit Europa ist zentral. Seine Institutionen und Staaten bleiben eine Priorität unserer Aussenpolitik, denn der Erfolg unseres Denk-, Werk- und Finanzplatzes setzt ein politisch stabiles und wirtschaftlich dynamisches europäisches Umfeld voraus. Deshalb ist auch unser Beitrag zur Stabilität des vereinten Kontinents im Interesse der Schweiz. Unsere Beziehungen zu Europa bedürfen weiterhin einer soliden Basis: den Bilateralen Verträgen. Sie sind auszubauen, wo es dem gegenseitigen Interesse entspricht. Andernorts verpflichtet der Freiraum als Drittstaat unsere Politik zur konsequenten strategischen Weiterentwicklung und Nutzung unserer Standortvorteile.

Aussenpolitik sichert Stabilität in einer sich dramatisch wandelnden Welt. Die Schweiz ist wirtschaftlich eine Grossmacht, politisch aber ein Kleinstaat. Unsere Stärken – Legitimation durch Volksentscheide, Föderalismus und finanzielle Unabhängigkeit sowie traditionell gute Unterhändler – müssen künftig noch besser eingesetzt werden. Das verlangt ein neues Bewusstsein für Aussenpolitik: Interessenvertretung gegen Aussen verlangt Einigkeit im Innern. Um Positionen ist hinter verschlossenen Türen zu ringen. Differenzen dürfen nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen, um unsere Verhandlungsposition nicht zu schwächen. Gegen aussen haben Parteien und Regierung mit einer Stimme zu sprechen. Unser Land braucht eine neue aussenpolitische Kultur!

## 2. Aussenwirtschaftspolitik

Das oberste Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist die Förderung des Wohlstandes der Schweiz. Dazu ist die Exportnation Schweiz auf offene Märkte angewiesen, um ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können und ihren Bürgern gute Arbeitsplätze und Konsumwahlfreiheit zu ermöglichen.

Als Folge der Wirtschaftskrise haben einzelne Staaten begonnen, ihre Märkte mit Zöllen und anderen Handelshemmnissen abzuschotten. Das gefährdet Arbeitsplätze in der Schweiz und den Zugriff auf wichtige Ressourcen im Ausland. Umso wichtiger ist ein engmaschiges Netz von Freihandelsverträgen sowie Besteuerungs- und Investitionsschutzabkommen. Dabei sind multilaterale Lösungen bilateralen Verträgen vorzuziehen, da sie mit tieferem Verhandlungs- und Administrativaufwand mehr Marktzugang bieten. Die Schweiz muss sich für einen raschen und erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen, die für den Wohlstand der Schweiz und die wirtschaftliche Entwicklung weltweit einen positiven Impuls bringen würde. Weitere Verhandlungsrunden für mehr Freihandel und Sicherheit sind anschliessend zu fordern.

Die wirtschaftliche Öffnung verlangt Strukturanpassungen im Inland, namentlich in der Landwirtschaft. Der schwierige Anpassungsprozess ist zu unterstützen. Inländischen Produzenten bietet die Anpassung Chancen zur Spezialisierung in hochwertigen Gütern und eröffnet Entwicklungsländern den Marktzugang zu Industrieländern im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe.

### **Forderung 1: Die Schweiz setzt sich für einen möglichst schnellen und erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde und weiterer Freihandelsrunden ein.**

Aussereuropäische Märkte müssen für unsere Unternehmen geöffnet werden, wollen wir hochqualifizierte Stellen in Forschung und Produktion in der Schweiz halten und vermehren. Dazu sind möglichst viele Freihandelsabkommen mit aufstrebenden Schwellenländern und -regionen wie China, Indien, Russland sowie Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) und ASEAN (u.a. Indonesien, Malaysia, Vietnam) rasch abzuschliessen. Zudem soll der Bundesrat die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder aufnehmen. Die Freihandelsabkommen bieten besseren Marktzugang für Güter, Dienstleistungen und Investitionen. Zudem erhöhen sie die Rechtssicherheit für Schweizer Exportunternehmen beim geistigen Eigentum und technischen Handelshemmnissen.

### **Forderung 2 : Das Netz von Freihandelsverträgen soll rasch weiter ausgebaut und vertieft werden.**

Auch im Technologie- und Wissenschaftsbereich sind die Beziehungen mit Spitzenstaaten und aufstrebenden Schwellenländern wie den BRIC-Staaten weiter und systematischer zu vertiefen. Es müssen klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Die heutigen Bestrebungen in diesem Bereich sind besser zu koordinieren und mit den Hochschulen und der Wirtschaft abzusprechen. Schweizer Unternehmen und Universitäten sollen vom rasanten technologischen Fortschritt im Ausland profitieren.

### **Forderung 3: Die Beziehungen im Technologie- und Wissenschaftsbereich, insbesondere mit aufstrebenden Schwellenländern sowie den BRIC-Staaten, sind weiter auszubauen und zu vertiefen.**

## 3. Europa: Dank den Bilateralen die EU als Chance verstehen

Die EU ist politisch, kulturell und wirtschaftlich unser wichtigster Partner. Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist eng und gut. Die Schweiz ist der drittgrösste Warenlieferant und der zweitgrösste Kunde der EU. Auch wenn die Märkte der Schwellenländer rasant an Bedeutung gewinnen – mit 60 Prozent der Ausfuhren und 80 Prozent der Einfuhren bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt am Handel mit der EU. Ebenso wichtig ist die Personenfreizügigkeit: Rund 870'000 EU-Bürger leben hier – umgekehrt sind 380'000 Schweizer im EU-Ausland ansässig. Die EU ist für die Schweiz keine Bedrohung, sondern eine Chance. Gleiches gilt für die EU: Sie kann vom Föderalismus, dem Einbezug der Bevölkerung in der direkten Demokratie oder Instrumenten wie der aus der FDP-Schmiede stammenden Schuldenbremse profitieren.

Die Schweiz muss die engen und privilegierten Beziehungen mit der EU wahren und weiter entwickeln. Der bewährte bilaterale Weg ist die beste Lösung für die Schweiz, um die Beziehungen mit der EU gezielt zu pflegen und auszubauen. So haben die bilateralen Verträge der Schweiz in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Prosperität und Austausch mit dem europäischen Ausland gebracht – ohne dass wir unsere Souveränität aufgeben mussten.

Auch in Zukunft ist der bilaterale Weg erfolgsversprechend. Er bietet der Schweiz die Möglichkeit, die Beziehungen mit der EU gezielt dort auszubauen, wo unser Standort und Wohlstand gestärkt werden. Auch die EU hat Interesse an der Weiterführung des Bilateralismus, wie wiederholte Gesuche um neue Vereinbarungen zeigen. Anderslautende Thesen mit Abgesängen auf den Bilateralen Weg überzeugen nicht. Dieser Weg bietet der Schweiz weiterhin die einzigartige Chance, ihren Freiraum als unabhängiger Staat gezielt und bewusst zu nutzen. Alternativen zum bilateralen Weg gibt es zurzeit keine. So ist eine Abschottung in einem „Alleingang“ keine Option für die Schweiz. Ebenso wenig kommt ein EU- oder ein EWR-Beitritt in Frage. Diese Ansicht teilt eine grosse Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Ein Beitritt wäre auch wegen höherer Mehrwertsteuern und Transferzahlungen an die EU unpopulär. EU und EWR würden der Schweiz keinen Mehrwert bringen.

**Forderung 4: Der bewährte bilaterale Weg ist die beste Lösung für die Schweiz, um die Beziehungen mit der EU gezielt zu pflegen und auszubauen. Die FDP setzt sich daher für eine Fortführung und gezielte Verstärkung des erfolgreichen bilateralen Weges ein. Weder eine Abschottung in einem „Alleingang“, noch ein EU- oder EWR-Beitritt sind aktuelle Optionen. Damit ist aus Sicht der FDP das Beitritts-gesuch an die Europäische Gemeinschaft von 1992 gegenstandslos.**

Der Bilaterale Weg ist erfolgreich und bei der Bevölkerung fest verankert. Auch wenn Verhandlungen durch institutionelle Veränderungen auf EU-Seite uns künftig mehr fordern, ist das kein Grund, die Segel zu streichen. Vielmehr verlangt dies eine Stärkung unserer Vertretung in den EU-Mitgliedstaaten sowie in Brüssel sowie eine kluge Europapolitik. Diese umfasst folgende Stossrichtungen:

### 3.1 Gezielter Ausbau des bilateralen Wegs

Um den Standort Schweiz und unseren Wohlstand, sowie die Beziehungen zur EU zu stärken, muss die Schweiz den bilateralen Weg gezielt mit weiteren sektoriellen Verträgen ausbauen. Der komplexere Verhandlungsweg mit der EU verlangt dabei zuerst eine vertiefte Prüfung der Interessenlage. Die Schweiz soll nicht in einer Vielzahl nicht zentraler Bereiche als Antragsteller auftreten, da dies unsere Verhandlungsposition schwächt. Gemeinsame Interessen bestehen namentlich bei Elektrizität, Öffentlicher Gesundheit, geschützten Ursprungsbezeichnungen, dem Satellitennavigationssystem Galileo, dem Agrarfreihandel und der Sicherheitspolitik.

In vielen Bereichen ist die Übernahme von EU-Normen im Interesse unserer Unternehmen und des Standorts Schweiz, etwa im Rahmen des Cassis-de-Dijon-Prinzips. So werden unsere Unternehmen möglichst wenig durch EU-Normen behindert. Das bedeutet aber nicht, dass EU-Recht automatisch nachvollzogen werden soll – im Gegenteil: EU-Recht soll somit nur dann nachvollzogen werden, wenn es im Interesse der Schweiz liegt.

Bisher wenig beachtet wurde das Entstehen eines Europäischen Sicherheitsraums, der sich im Zuge der Erweiterung der EU markant ausgedehnt hat. Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GSVP) wird zum immer wichtigeren Akteur. Aus sicherheits- und finanzpolitischen Überlegungen ist eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der GSVP unter Wahrung der Neutralität anzustreben. Ziel ist ein Beobachterstatus bei der GSVP und der für Forschung und Beschaffung wichtigen europäischen Verteidigungsagentur.

**Forderung 5: Die FDP fordert den Abschluss weiterer bilateralen Verträge insbesondere in den Bereichen Elektrizität, öffentliche Gesundheit, geschützte Ursprungsbezeichnungen, Satellitennavigation-System Galileo, Agrarfreihandel sowie Chemikalienkontrolle (REACH).**

**Forderung 6: Die FDP fordert eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der GSVP unter Wahrung der Neutralität. Es sollen Verhandlungen aufgenommen werden, um die Zusammenarbeit im militärischen und zivilen Sicherheitsbereich mit der EU zu systematisieren, zu strukturieren und auf eine solide rechtliche Basis zu stellen.**

### 3.2 Als Drittstaat Freiraum gezielt und bewusst nutzen

Nicht in allen Bereichen sind weitere Bilaterale Verträge sinnvoll. Bei der Handelspolitik, der Steuerpolitik oder immer mehr auch beim Arbeitsrecht ist unser Freiraum als Drittstaat eine Verpflichtung für eine bewusste und strategische Standortpolitik. Dank eigenständiger Handelspolitik kann die Schweiz vom Protektionismus der grossen Handelsblöcke profitieren und rasch mit aufstrebenden Schwellenländern Freihandelsverträge abschliessen. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist zentral für eine niedrige Arbeitslosigkeit und Steuerwettbewerb garantiert gleichzeitig tiefe Schulden und tiefe Steuern.

Diesen Freiraum hat die Schweiz selbstbewusst zu verteidigen. Als Landesregierung muss der Bundesrat potenzielle Konflikte antizipieren und ausgebrochene Krisen wie etwa den immer noch schwelenden Steuerstreit proaktiv mit Reformvorschlägen angehen. Diese sichern unsere Standortvorteile ab oder verstärken sie gar und beseitigen und Rechtsunsicherheit. Vor allem aber gilt ein Auftrag an die Politik, den Freiraum als Drittstaat strategisch zu nutzen und die Schweiz als international offene Plattform zu positionieren.

**Forderung 7: Den Freiraum eines Drittstaats hat die Schweiz gezielt und strategisch zu nutzen. Der Bundesrat präsentiert für die kommende Legislatur eine entsprechende Strategie.**

### 3.3 Erweiterungsbeitrag als Friedens- und Stabilitätsdividende

Dank der EU und ihrer Vorläuferorganisationen herrscht in Westeuropa seit Jahrzehnten Frieden. Davon profitiert die Exportnation Schweiz. Unser Land ist bereit, ihren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenwachsen der EU zu leisten. Nicht als ein Preis für den Bilateralen Weg, sondern als integraler Bestandteil der schweizerischen Europapolitik. Dieser Beitrag ist wichtig für eine weiterhin erfolgreiche Interessenwahrung gegenüber der EU. Schweizer Unternehmen leisten grosse Investitionen und Wissenstransfer in viele EU-Staaten. Allfällige freiwillige finanzielle Beiträge der Schweiz sind selbstbewusst zu diskutieren und mit Forderungen wie Mitbestimmung bei der Mittelverwendung samt Teilnahme von Schweizer Unternehmen zu verknüpfen.

## 4. Für eine proaktive und wirksame Aussenpolitik

### 4.1. Stärkung des Engagements für uns bei internationalen Organisationen

Die wirtschaftliche und politische Globalisierung bewirkt auch Änderungen in der Lösung von globalen Problemen. Die aussenpolitische Weichenstellung erfolgt immer mehr im multilateralen Rahmen, nicht zuletzt, da gewisse Probleme nur global gelöst werden können (z.B. Umweltschutz, Migration). Das Abseitsstehen der Schweiz schränkt unseren Handlungsspielraum ein. Unser Land hat zudem grösstes Interesse, dass internationale Organisationen effizienter und glaubwürdiger werden.

Die aktive Mitwirkung in den Organisationen UNO, WTO, IWF und OECD ist deshalb fortzusetzen und auszubauen. Das umfasst Leistungen wie grosszügige Darlehen an den IWF oder andere Organisationen – und deren Streichung, wenn z.B. von der OECD Schweizer Interessen verletzt werden. Eine Strategie zur Platzierung von Schweizer Mitarbeitern in Organisationen und zum Einsitz in wichtigen internationalen Organen (UNO-Sicherheitsrat) bzw. deren Leitung (UNO-Generalversammlung) ist nötig. Der Bundesrat soll sich zudem international dafür einsetzen, dass die wirtschaftlich starke Schweiz Einsitz in die G20 erhält. Die Schweiz (Genf, Lausanne, Bern, Basel, Davos) als Standort internationaler Organisationen, bzw. internationaler Konferenzen ist ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Trumpf. Ihn gilt es durch optimale Standortbedingungen im harten internationalen Wettbewerb zu stärken.

**Forderung 8: Die Schweiz soll sicherstellen, dass die Standortvorteile (Steuerregime, Infrastrukturen, Finanzhilfen) für internationale Organisationen verbessert werden. Zudem soll die Schweiz in internationalen Organisationen wichtige Positionen übernehmen. Die FDP unterstützt eine Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat. Der Bundesrat setzt sich schliesslich international dafür ein, dass die Schweiz Einsitz in die G20 erhält.**

#### 4.2. Die Schweiz als Vermittlerin internationaler Konflikte

Seit dem Fall der Mauer ist die Welt nicht mehr zweigeteilt. Nach einer Phase amerikanischer Dominanz fordern aufstrebende Schwellenstaaten wie Indien oder Brasilien ihren Platz in der internationalen Gemeinschaft ein. Interessenkonflikte sind dabei ebenso vorprogrammiert wie das Aufflackern ethnischer und religiöser Konflikte. Hier kann und soll die Schweiz an ihre Tradition der ehrlichen Vermittlerdienste anschliessen und wieder eine internationale Scharnierfunktion übernehmen. Damit wird die Neutralität der Schweiz, gekoppelt mit ihrer Vermittlertätigkeit, zum Vorteil für die internationale Gemeinschaft. Um diese Chancen besser zu nutzen, ist der Schweizer Aussenpolitik und dem Schweizer Engagement in internationalen Organisationen mehr Gewicht beizumessen.

**Forderung 9: Die Schweiz soll ihre traditionelle Rolle als Vermittlerin in internationalen Konflikten stärken und im Interesse der Staatengemeinschaft nutzen.**

#### 4.3. Für eine Resultate- und Interessen-orientierte Entwicklungszusammenarbeit

Internationale Solidarität ist Teil unserer humanitäre Tradition. Immer mehr macht sich allerdings Enttäuschung über die Resultate der Entwicklungshilfe breit. Der Steuerzahler hat Anrecht darauf, dass Hilfsgelder nicht versanden, sondern Bedürftige erreichen und in die finanzielle Unabhängigkeit führen. Hilfe zur Selbsthilfe ist das Ziel. Das verlangt die Konzentration auf Bereiche, in denen die Schweiz traditionell einen Beitrag leisten kann und auf Länder, welche Mindestbedingungen hinsichtlich Good governance erfüllen. Zudem ist eine verbesserte Koordination mit anderen Geberländern und Entwicklungsorganisationen anzustreben, um administrativen und anderen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Auch muss die Koordination zwischen deza und Seco (insbesondere bezüglich der strategischen Ausrichtung) weiterverbessert werden.

Auch Entwicklungszusammenarbeit hat unsere Interessen möglichst direkt zu fördern. Wo möglich, sind daher Projekte mit der Zusammenarbeit z.B. bei Rückschaffungsabkommen zu verknüpfen. Eine Fixierung der Bundes-Entwicklungshilfeausgaben auf eine politisch festgelegte Quote lehnt die FDP entschieden ab. Ziel sollte vielmehr sein, sorgfältig ausgewählte Entwicklungsprojekte erfolgreich und wirkungsvoll durchzuführen. Dazu muss auch die Kontrolle der Ergebnisse verbessert werden. Zusätzlich soll die Schweiz vermehrt den Einsatz von konkreten „Mikro-Krediten“ in Betracht ziehen.

**Forderung 10: Die FDP fordert eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, die thematisch und geographisch mehr fokussiert, mehr mit anderen Geberländern und Geberorganisationen koordiniert und auf unsere nationalen Interessen abgestimmt werden soll. Gemessen am BNE (Bruttonationaleinkommen) sind die eingesetzten Mittel stabil zu halten.**

#### 4.4. Stärkung der aussenpolitischen Führung

Die Schweizer Aussenpolitik war immer wieder gekennzeichnet durch Widersprüchlichkeit und mangelnde Koordination. Mehr denn je muss aber heute der Bundesrat schnell, geeint und kompetent handeln. Um den Handlungsspielraum zu vergrössern, muss die Führungsarbeit in der Aussenpolitik verbessert werden. Nur wenn wir innenpolitisch gut organisiert und strukturiert sind, können wir aussenpolitisch stark, mit einer Stimme auftreten. Aussenpolitik ist departementsübergreifend und umfasst namentlich die Wirtschafts-, Entwicklungs-, Migrations- und Sicherheitspolitik. Den Vorteil unseres Regierungssystems mit langen Amtsdauern der Bundesräte als Fachminister kann nur mit einer

besseren Zusammenarbeit genutzt werden. Nötig sind klarere Strategien, eine bessere Zusammenarbeit der Departemente sowie eine langfristige Planung – kurz ein roter Faden der Aussenpolitik.

**Forderung 11: Die Schweiz muss klar, selbstbewusst und überzeugend auftreten. Dazu ist das Amt des Bundespräsidenten mit seinen Repräsentationspflichten aufzuwerten und die Amtszeit auf zwei Jahre zu verlängern. Vom Gesamtbundesrat wird eine Kultur der Kollegialität, Koordination und Konstanz verlangt.**

**Forderung 12: Internationale Erfahrung wird immer wichtiger. Bei der Wahl in den Bundesrat ist eine Voraussetzung, dass Kandidierende internationale Kontakte knüpfen und Verhandlungen führen können.**

Wachsender internationaler Austausch sowie gegenseitige Abhängigkeiten sind Herausforderungen für die Demokratie und Souveränität der Schweiz. Umso wichtiger ist es für unser Land, seine Interessen gradlinig zu definieren und gegen aussen zu vertreten. Dies unter Wahrung unserer direkten Demokratie, föderalistischen Struktur und neutralen Grundhaltung. Um die Schweizer Aussenpolitik krisenresistenter zu machen, braucht es in Krisenzeiten eine koordinierende Task Force, die die Situation rasch analysieren und Entscheidungen vorbereiten kann.

Der Bundesrat, aber auch das Parlament müssen die Arbeiten, welchen einen aussenpolitischen Bezug haben, zwischen den Departementen und den parlamentarischen Kommissionen besser koordinieren. Zudem ist unsere Aussenpolitik intern institutionell besser abzustützen und deshalb eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrat, Parlament, Parteien und Kantonen sicherzustellen. Damit wird eine erfolgreiche Aussenpolitik definiert und durchgesetzt.

**Forderung 13: Bundesrat, Parlament sowie die Kantone sollen in der Aussenpolitik enger zusammenarbeiten. Der Bundesrat erarbeitet hierzu eine Strategie, wie er die interdepartementale Koordination von aussenpolitischen Anliegen verbessern und das Parlament sowie die kantonalen Regierungen besser miteinbeziehen will.**